

Birgit Rommelspacher

Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Vortrag auf der Konferenz der Friederich Ebert Stiftung

Gegen Rechtsextremismus in Ost und West. Andere Problemlagen – Andere Gegenstrategien?

am 18.10.06

Berlin

Bei der Frage nach dem Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, geht es im Grunde genommen um zwei Themen: Zum einen um die Frage, inwiefern aufgrund der Datenlage Unterschiede erkennbar sind und welche Ursachen diese haben könnten und zum anderen darum, wie das Thema Rechtsextremismus im Ost-Westverhältnis verhandelt wird und welche unterschiedlichen Vorstellungen darüber existieren, da diese Diskurse selbst auch Teil des Problems sind. Ich werde also im Folgenden sowohl die Datenlage darstellen als auch danach fragen, welche Bedeutung sie im Ost-West-Verhältnis hat.

Der Ost- West-Vergleich

Die Diskussion beginnt bereits mit der Frage, ob der Rechtsextremismus in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als im Westen. Das scheint offensichtlich zu sein, angesichts der Erfolge von NPD und DVU in den Landtagen von Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Auch ist bekannt, dass der gewalttätige Rechtsextremismus im Osten deutlich größer ist, als im Westen. Insofern scheint der Sachverhalt klar zu sein.

Auf der Ebene der Einstellungen sind die Befunde jedoch keineswegs so eindeutig. So haben etwa Decker und Brähler in einer neueren repräsentativen Untersuchung (2005) keine Unterschiede bei rechtsextremen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland festgestellt. Das widerspricht jedoch der Untersuchung von Stöss (2005) der ein deutlich höheres rechtes Einstellungspotential im Osten gefunden hat .

Festzustehen scheint jedoch, dass sich die Einstellungen im Osten im Laufe der letzten 15 Jahre, also seit der Vereinigung, stark verändert haben: So hatte Falter 1994 noch deutlich stärkere rechtsextreme Einstellungen im Westen gefunden, während 1998 der Osten aufgeholt hatte (2000). Auch waren rechte Parteien zunächst im Westen erfolgreicher (1990 und 1994). Das änderte sich erst Mitte der 90er als sie dann auch mit der Bundestagswahl 1998 und den folgenden Landtagswahlen im Osten mehr Zuspruch als im Westen fanden (Stöss 2005:88).

Interessant ist in dem Zusammenhang, dass dieser Wandel vor allem durch den wachsenden Zuspruch junger Ostdeutscher zum Rechtsextremismus zustande kam. Seit Mitte der 90er Jahre waren es vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in Ostdeutschland dem Rechtsextremismus zugewandt haben im Gegensatz zum Westen, wo nach wie vor ältere Menschen deutlich rechter sind als jüngere. (Friedrich 2002; Friedrich Ebert Stiftung 2001) .

In Bezug auf unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen scheint es so zu sein, dass im Osten im Vergleich zum Westen eine ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit überwiegt (Stöss 1999), während der Antisemitismus im Westen ausgeprägter ist - allerdings gleichen sich auch diese Daten in letzter Zeit immer mehr an, d.h. der Osten holt in Bezug auf Antisemitismus auf. Unterschiede gibt es jedoch noch deutlich in Bezug auf nationalistische Einstellungen, die im Westen stärker vertreten werden (Decker und Brähler 2005).

Schließlich ist ein gravierender Unterschied zwischen Ost und West die Gewalttätigkeit. Im Osten werden dreimal soviel Gewalttaten verübt. Die Hälfte der gewalttätigen Rechtsextremen lebt im Osten (Stöss 2005:103). So dass Pfahl-Traugherber (2000), der renommierte Rechtsextremismus-Experte des

Verfassungsschutzes zu dem Schluss kommt, dass im Osten Aktion, Parolen und Gewalt vorherrsche, während im Westen Ideologien und politische Strategien ausgedacht werden (12). Gemeinsam ist Ost und West jedoch, dass mit höherer Bildung rechtsextreme Einstellungen abnehmen – das allerdings auch immer weniger, so die Ergebnisse der aktuellen Shell Studie (2006).

Kurz zusammengefasst heisst das also, dass die deutlichsten Unterschiede zwischen Ost und West in Bezug auf den gewalttätigen Rechtsextremismus zu finden sind. Er ist im Osten sehr viel stärker ausgeprägt. In Bezug auf Wahlerfolge und Einstellungsmuster hat sich in den Jahren seit der Wende eine Verschiebung ergeben: Zunächst haben die Ostdeutschen weniger auf den Rechtsextremismus angesprochen als die Menschen im Westen. Das änderte sich allerdings im Laufe der 90er Jahre, so dass der Osten seither den Westen überholt hat. Vorreiter dieser Entwicklung waren vor allem Jugendliche und jungen Erwachsenen, im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Älteren nach wie vor stärker rechtsextrem orientiert sind als die Jüngeren.

Inhaltliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich in Bezug auf eine ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, die stärker im Osten ausgeprägt ist, während im Westen dies für Antisemitismus und Chauvinismus gilt.

Wie lassen sich nun diese Unterschiede erklären?

Zu den Ursachen in Ostdeutschland

Die Ursachen für den Rechtsextremismus im Osten scheinen für die Meisten, Laien wie Experten, auf der Hand zu liegen: Es ist die DDR-Mentalität oder Ostsozialisation, die die Menschen dazu veranlassen rechten Demagogen Gehör zu leihen. Das autoritäre System hat autoritäre Menschen geformt und die totalitären Strukturen ließen keinen Raum für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft, die im Kampf gegen den Rechtsextremismus so unerlässlich ist. So meint etwa Pfahl-Taughber: Das Fortwirken einer antidemokratischen politischen Kultur „kann in seiner Bedeutung kaum unterschätzt werden. Autoritarismus, Antipluralismus, Freund-Feind-Denken und Kollektivismus blieben auch nach 1989 als Mentalitäten weiterhin bestehen und artikulierten sich als extremistische Strukturprinzipien nun unter politisch „rechten“ Vorzeichen weiter“ (2000: 13). Ähnlich, wenn auch in einer eher popularisierten Form, hatte auch Christian Pfeiffer mit seiner „Töpfchen-Theorie“ im Fortwirken des Autoritarismus die Hauptursache für die heutige rechtsextreme Gewalt in Ostdeutschland gesehen. Seiner Auffassung nach waren die Kinder viel zu früh und viel zu lange von ihren Eltern getrennt worden und konnten dann aufgrund der Ordnungs- und Disziplinerziehung ihre Gefühle nicht ausleben. (Der SPIEGEL 1999,12,S.60).

Wie aber kann diese These erklären, dass der Rechtsextremismus zur Zeit der Vereinigung bei den Ostdeutschen weniger ausgeprägt war als in Westdeutschland und wie, dass er vor allem seit dieser Zeit ständig angewachsen ist? Und wie lässt sich schliesslich erklären, dass vor allem Jugendliche und junge Erwachsene in Ostdeutschland rechtsextrem eingestellt sind, während die Älteren, die doch vor allem in der DDR sozialisiert worden sind, diesbezüglich sehr viel zurückhaltender sind? Darüber hinaus zeigt die Empirie, dass die Menschen umso weniger ausländerfeindlich eingestellt sind, je mehr sie sich mit der DDR identifizieren (Friedrich 2002: 37).

Die Annahme einer autoritären Persönlichkeitsstruktur bei den BürgerInnen der ehemaligen DDR lässt sich empirisch nicht halten. So sind die Ostjugendlichen keineswegs autoritärer eingestellt als die Westjugendlichen (Schmidtchen 1997). Dementsprechend war auch das Erstaunen bei den Sozialwissenschaftlern gross, als sie bei den ersten vergleichenden Untersuchungen nach der Wende keine grossen Differenzen in den Einstellungsmustern bei ost- und westdeutschen Jugendlichen finden konnten. Es ist offensichtlich unzulässig von den autoritären Strukturen des politischen Systems auf die Menschen selbst zu schliessen. Damit wird unterschlagen, dass die Menschen immer auch einen Spielraum haben, sich mit dem politischen System auseinandersetzen. Den nutzten die DDR-Bürger verstärkt seit

den 80 Jahren, indem sie immer mehr in Distanz zu dem politischen System gingen und sie jeweils individuell ihren Wege suchten, um damit umzugehen. Dementsprechend haben sich auch ihre Einstellungen verändert und an die im Westen angeglichen. Allerdings, und damit wird zugleich die Ambivalenz dieser Entwicklung sichtbar, wuchsen mit diesen Individualisierungsprozessen zugleich auch die rechtsextremen Einstellungen (Friedrich 2002).

Die Sozialisation in der DDR kann also wohl nicht die Hauptursache für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland sein. Erfolgversprechender erscheint es deshalb, sich auf die aktuellen sozialen Strukturbedingungen zu beziehen. Es ist bekannt, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland rund doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland, und die Zukunftsperspektiven so schlecht sind, dass viele junge Menschen auswandern und andere nur durch weiträumiges Pendeln ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Diese Tatsache alleine ist jedoch nicht entscheidend. Wichtig ist vor allem wie die Menschen diese Verhältnisse erleben und interpretieren. Die anhaltend ungleichen Lebensbedingungen haben bei vielen ein Gefühl der Ungerechtigkeit zur Folge.

Zwei Drittel der Ostdeutschen haben das Gefühl, die BRD hätte die DDR im Kolonialstil erobert, und die meisten, nämlich nahezu 80% fühlen sich bis heute als Bürger zweiter Klasse (Schroeder 2000: 186). Dies ist nicht nur abstrakten Vorstellungen geschuldet, sondern wird durch aktuelle Erfahrungen der Zurücksetzung gestützt. So hat die neue Shell Studie (2006) ergeben, dass 27% der jungen Ostdeutschen das Gefühl haben, schon einmal wegen ihrer Herkunft diskriminiert worden zu sein. Dieser Prozentsatz ist genauso hoch wie bei den Mädchen, die sich aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt fühlen und deutlich höher als der, die sich aufgrund ihrer sozialen Klasse diskriminiert fühlen(139).

Die Folge dieser Erfahrungen sind für den Bestand der Demokratie fatal: So ist das Vertrauen in das System seit der Wende rapide gesunken. Die Demokratie war mit Hoffnungen sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs verknüpft, und das neue System war vom Westen auch als Garant für Wohlstand angekündigt worden. Diese Erwartungen wurden jedoch rasch enttäuscht. So schreibt etwa Bernd Wagner (2003) »Die großen Hoffnungen auf die Demokratie sind im zwölften Jahr der Einheit außerordentlich geschrumpft und weichen einem Pessimismus, bis hin zu ihrer offenen Ablehnung« und Wagner weiter: »Vielen Ostdeutschen ist die Vorstellung, Deutsche zweiter oder gar dritter Klasse zu sein, ein Gräuelp. Das bedingt Sarkasmus, Aggressivität und Hass auf Ausländer, deren Dasein als unzulässiger Verstoß gegen die erwünschte Volksgemeinschaft gewertet wird.« (64). Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Schutz vor Gewalt und eine lebendige Zukunft scheint dieser Staat seinen neuen BürgerInnen immer weniger bereitstellen zu können. Damit wächst das Gefühl, die Sache selbst in die Hand nehmen und die Politiker durch radikale Aktionen zum Handeln zwingen zu müssen.

Insofern ist das beunruhigendste Ergebnis der verschiedenen Einstellungsuntersuchungen diese Distanz zum politischen System, die sich u.a. konkret darin ausdrückt, dass die meisten Ostdeutschen nicht bereit sind, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Förster resümiert seine Untersuchung, in der er die Einstellungen mehrerer hundert sächsischer Jugendlicher seit den 80er Jahren – also noch während der DDR-Zeit – und kontinuierlich über die Wende hin bis heute verfolgt hat, so „Diese Bereitschaft (zur gesellschaftlichen Partizipation), die schon in der Endzeit der DDR stark zurückgegangen war, nahm nach der Wende nicht etwa einen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab. Auch der signifikante Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist die Erfahrung als Ostdeutscher nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden – ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft“ (2002: 306).

Wenn wir also verstehen wollen, warum der Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende kontinuierlich angestiegen ist, so liefert die wachsende Systemdistanz sicherlich wichtige Hinweise

und sie vermag auch zu erklären, warum vor allem der gewalttätige Rechtsextremismus in Ostdeutschland so vorherrschend ist, denn eine wesentliche Ursache für die – im übrigen in ganz Deutschland generell hohe Gewaltbereitschaft im internationalen Vergleich - liegt nach der Untersuchung von Gerhard Schmidtchen (1997) in dem vergleichsweise geringen Vertrauen der Deutschen in das politische System. Hier zeigt sich ein großes Defizit, denn wenn, so Schmidtchen, junge Deutsche danach gefragt werden, auf welche demokratischen Traditionen sie in Deutschland stolz sein können, dann wird die Hälfte von ihnen stumm (S. 250). Ein politischer Basiskonsens ist aber ein Puffer gegen politische Radikalisierung und Gewalt. Anstelle des Vertrauens in die Politik tritt eine, wie Schmidtchen es nennt, persönliche »Gewaltdoktrin«, die besagt, dass Gewalt notwendig ist, um in dieser Gesellschaft zu bestehen. Das gilt nun, wie wir sahen, in ganz besondere Weise für Ostdeutschland.

Es wäre jedoch wiederum kurzschlüssig aus der sozialen Lage und der Systemdistanz direkt den Rechtsextremismus ableiten zu wollen. Es gibt hier keinen Automatismus. So zeigt der Geschlechtervergleich in Ostdeutschland, dass Mädchen und junge Frauen sehr viel mehr von dem neuen System enttäuscht sind. Sie sind zwar nicht stärker aber länger von Arbeitslosigkeit betroffen und haben mehr Ängste, was ihre Zukunft anbetrifft. Sie sind aber keineswegs stärker rechts orientiert als ihre männlichen Altersgenossen, wenn dann eher sogar weniger (Förster 2002; Decker und Brähler 2005).

Entscheidend kommt es darauf an, wie die soziale Lage interpretiert wird, oder anders formuliert, es kommt darauf an, ob und wie die spezifische Situation ideologisch aufgeladen und politisiert wird. Denn die ostdeutschen Frauen etwa neigen aufgrund ihrer grösseren Unzufriedenheit weder mehr nach rechts noch nach links, sondern sie interpretieren ihre Situation eher als ein individuelles Schicksal und reagieren mit psychosozialen Belastungen (Schlegel 2002). Dagegen fühlen sich die jungen ostdeutschen Männer durch die Politisierung durch Rechtsextreme eher angesprochen.

Vor allem die so genannte Neue Rechte ist den Ostdeutschen besonders entgegengekommen. Bereits seit den 80er Jahren hatte sich im westdeutschen organisierten Rechtsextremismus eine Wende angebahnt, in dem die so genannte nationale Frage immer mehr in den Hintergrund trat und demgegenüber sehr viel mehr ökonomische Belange in den Vordergrund gerückt wurden. Diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Internationale Wahlanalysen in Europa zeigen, dass im Laufe der 90er Jahre sich viele rechtspopulistische Parteien von der Mittelschicht zur Arbeiterschaft hin bewegt haben. So wurde zum Beispiel in dieser Zeit (1995) der Front National zur stärksten Arbeiterpartei. In diesem Zusammenhang spricht man auch von der Proletarisierung der rechten Parteien .

Als 1996 Udo Voigt Vorsitzender der NPD wurde vollzog er diesen Wandel und sollte damit die NPD zu der erfolgreichsten rechtsextremen Partei in Deutschland machen. Es war diese Wendung hin vom Antikommunismus zum Antikapitalismus sowie die Wendung von einer eher systemkonformen Partei hin zu einer nationalrevolutionären also systemfeindlichen, nach dem Motto: Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national, was im Osten besonders gut ankam. Dazu kommt, dass er, trotz großer Proteste innerhalb der Partei, taktisch geschickt die Öffnung hin zu den freien Kameradschaften vollzog und darüber hinaus mit den anderen rechtsextremen Parteien Wahlabsprachen abschloss.

In einem Strategiepapier des NPD Vorstands wird deutlich, wie sehr von nun an die Politik genau auf die Ostbürger zugeschnitten wurde. Darin heisst es: „ Mobilisierbar sind heute in erster Linie jene Massen von jungen Menschen, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen werden, die sich zu Menschen zweiter Klasse herabgewürdigt fühlen und sich wie Fremde im eigenen Land vorkommen“ (zit. n. Staudt 2005: 50). Die NPD sprach also die soziale Frage ebenso wie die Unzufriedenheit mit der Vereinigung und dem neuen politischen System direkt an .

Zusammenfassend kann man also sagen, dass der Rechtsextremismus im Osten weniger auf Sozialisationsmuster aus DDR-Zeiten zurückzuführen sind, sondern eher auf die aktuelle sozialstrukturelle

Lage und den Systemwandel bzw. auf die Folgen der Vereinigung, die durch rechte Organisationen gezielt politisiert worden sind. Die Erfolge rechter Ideologisierung sollten aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es auch in Westdeutschland Erfolge in ähnlichen Größenordnungen auch in jüngster Zeit gegeben hat, denken wir an die Wahlerfolge der Republikaner in Baden Württemberg 1992 und 1996, die zweimal hintereinander in den Landtag einzogen oder auch an die Erfolge der DVU in Bremen und Schleswig-Holstein. Es kann also nicht genügen, den spezifischen Gründen in Ostdeutschland nachzugehen und damit in gewisser Weise den Rechtsextremismus wieder zu einem ostdeutschen Phänomen zu erklären, sondern es müssen auch die generellen Bedingungen für die starke und weiterhin anwachsende Tendenz zum Rechtsextremismus in Deutschland betrachtet werden, ebenso wie die spezifischen Gründe in Westdeutschland.

Allgemeine Ursachen von Rechtsextremismus

Die Konzentration auf die Situation in Ostdeutschland sowie der internationale Trend zur Proletarisierung der rechten Bewegungen machen wiederum die Debatte aktuell, ob es nicht doch in erster Linie ökonomische Benachteiligungen sind, die den Rechtsextremismus verursachen. Dazu gibt es inzwischen eine unübersehbare Anzahl von Veröffentlichungen und Winkler (2000) stellt in einem Übersichtsartikel fest, dass so viele widersprüchliche Ergebnisse vorliegen, dass diese so gut wie nicht verwertbar sind. Es gibt Untersuchungen, die im Rechtsextremismus in erster Linie ein »Unterschichtproblem« sehen und andere wiederum die keinen Einfluss des ökonomischen Status feststellen können. Offensichtlich variiert die Bedeutung der sozialen Lage .

Aufgrund dieser unübersichtlichen Situation wird in der Fachdiskussion sehr viel mehr auf die These von der relativen Deprivation abgehoben. Diese besagt, dass es nicht darum gehe, ob es jemandem tatsächlich wirtschaftlich schlecht geht, sondern ob er sich im Vergleich zu anderen Gruppen benachteiligt fühlt. Und diese These lässt sich durchaus empirisch bestätigen . Das Gefühl der Benachteiligung bei Rechtsextremen ist jedoch keineswegs verwunderlich angesichts einer Ideologie, die nicht müde wird, die Deutschen als ein von allen Seiten bedrohtes »Volk« darzustellen. Geht man wie sie vom Prinzip der »nationalen Präferenz« aus, fühlt man sich allein schon durch die Existenz von Nicht-Deutschen bedroht und wittert überall die Gefahr, von den »Fremden« übervorteilt zu werden. So haben zum Rechts-Extremismus tendierende Jugendliche schon als Schüler das Gefühl, die „ausländischen“ Kinder würden von den Lehrern bevorzugt (Möller 2000). Deshalb fragt sich, ob die „subjektive Deprivation“ eine Erklärung oder nicht bereits ein Aus-Druck rechtsextremer Einstellungen ist, d.h. es fragt sich, was hier Ursache und was Wirkung ist.

Unabhängig von der subjektiven Einschätzung im Sinne einer relativen Deprivation ist demgegenüber davon auszugehen, dass es sowohl einen Rechtsextremismus für die Mittelklassen als auch einen für die unteren sozialen Schichten gibt, und dass dieser jeweils unterschiedliche Akzente setzt. So gibt es in Europa rechte Parteien, die ganz besonders Menschen ansprechen, die gut situiert sind und denen es vor allem darum geht ihren Besitzstand gegen Zuwanderer zu verteidigen, indem sie sie von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft auszuschließen versuchen. Das gilt z.B. für die Lega Nord in Italien, deren Wähler zu denen mit den höchsten Einkommen in ganz Italien gelten (Ignazi 2003: 58). So lässt sich auch die Rechtsentwicklung in den skandinavischen Ländern oder der Schweiz erklären (vgl. Decker 2004), die allerdings noch mehr als die skandinavischen Länder ihren Wohlstand den vielen Arbeitskräften aus dem Ausland verdankt. . Ähnliches gilt für die Erfolge der Republikaner in Deutschland in den reichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg in den achtziger und neunziger Jahren.

Insofern gibt es schichtspezifische Formen von Rechtsextremismus und die rechten Parteien sind nach Decker (2004) als Anwälte sowohl von Modernisierungsgewinnern wie auch von Modernisierungsverlierern zu verstehen: Das eine Mal wird direkt und unmittelbar das eigene Interesse an ethnischer

Privilegierung durchzusetzen versucht, indem die sog. Fremden in die Rechtlosigkeit und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden, während im anderen Fall die eigene Zurücksetzungen im Vordergrund stehen, für die die Fremden verantwortlich gemacht werden. Sie werden als Sündenböcke für die eigene Problem»be-wältigung« funktionalisiert. Das ist aber nur möglich, weil sie einen prekären Stand in der Gesellschaft haben – sie gelten als nicht zugehörig, und damit als weniger berechtigt, einen respektvollen Umgang einfordern zu können. Als Sündenböcke, wird dieser „mindere“ Status immer wieder von neuem bestätigt und die Einheimischen, gleich welchen sozialen Schicht sie angehören, fühlen sich ihnen gegenüber wichtig und bevorrechtigt. Die sich darin ausdrückende Dominanz kann mit Harald Welzer (2005) als eine „kollektive Nobilitierung“ verstanden werden, die dazu führt, dass, wie im Nationalsozialismus geschehen, sich „noch jeder sozial deklassierte ungelernte Arbeiter ideell jedem jüdischen Schriftsteller, Schauspieler oder Geschäftsmann überlegen fühlen“ kann, zumal dann, wenn die Gesellschaft deren Deklassierung auch faktisch durchsetzt (73).

Insofern fragt sich, wann eher Motive der Modernisierungsverlierer im Vordergrund stehen und wann eher die der Gewinner. Der Wahlkampf der NPD in Ostdeutschland war eindeutig auf die sozial unteren Schichten zugeschnitten, während die Republikaner in Westdeutschland eher auf das Kleinbürgertum und mittlere Schichten abzielten. Dementsprechend ist im Osten auch die ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit stärker ausgeprägt, während es im Westen eher chauvinistische und revisionistische Einstellungen sind (Decker und Brähler 2005).

Angesichts dieser Einschätzung fragt sich im Grunde genommen, warum die Rechten im Osten nicht noch sehr viel erfolgreicher sind, als sie das bisher waren.

Eine solche Erwartung liegt dann nahe, wenn man die strukturellen Bedingungen unmittelbar in politische Orientierungen übersetzt. Demgegenüber bedarf es eines genaueren Blicks auf die Auseinandersetzungen, die in der Gesellschaft geführt werden. Dazu gehört vor allem, sich das Verhältnis zwischen der „Mitte“ und dem „Rand“ genauer anzuschauen.

Tatsächlich weisen viele Untersuchungen großflächige Überschneidungen in den Einstellungen zwischen der „Mitte“ und dem „Rand“ aus. Die für ganz Deutschland repräsentative Sinus-Studie z.B., die die Bevölkerung seit Jahren kontinuierlich nach ihren politischen Einstellungen befragt, zeigt, dass im Untersuchungszeitraum von 1994 bis 2001 der Nationalismus anhaltend auf einem Niveau um 48 Prozent in der Bevölkerung zu finden ist, und die Angst vor Überfremdung sich in diesem Zeitraum auf einem Niveau zwischen 40 und 45 Prozent bewegt. Diese Einstellungen finden wir in allen sozialen Schichten (Wippermann et al. 2002: 29).

Entnommen aus: Wipperman et al. (2002), S. 29.

Es wäre jedoch falsch aufgrund dieser Daten die „Mitte“ mit dem „Rand“ gleichzusetzen und alle mit nationalistischen Einstellungen kurzerhand zu Rechtsextremen zu erklären. Die „Mitte“ unterscheidet sich vom „Rand“ ganz deutlich zum einen durch die entschiedene Ablehnung der Gewalt und zum anderen inhaltlich vor allem dadurch, dass sie auch entgegen gesetzte Argumente akzeptiert. So schreibt Wipperman et al. (2002), dass der Nationalismus in der Mitte der Gesellschaft sehr wohl vertreten wird, aber Multikulturalität und Globalisierung deswegen noch lange nicht abgelehnt werden. Das heißt, „es ist für Menschen aus diesen Milieus typisch, Entwicklungen ambivalent zu beurteilen ... So relativieren und korrigieren sich Nationalismus und Globalisierung, Überfremdungssorge und Multikulturalität wechselseitig“ (30). Es werden hier also konkurrierende Perspektiven und Wertesysteme zugelassen. Diese Menschen teilen zwar viele Auffassungen mit den Rechten, wollen ihnen aber nicht unbedingt zum Durchbruch verhelfen.

Es gibt also grossen Überschneidungen zwischen der „Mitte“ und dem „Rand“, und man kann keineswegs einfach von einer Kluft ausgehen, da sich die „Mitte“ durchaus an ethnischer Hierarchisierung

und Ausgrenzung beteiligt. Auf der anderen Seite wird dem von ihr aber auch Widerstand entgegen gesetzt, da dies dem Egalitätspostulat und auch dem Leistungsprinzip einer sich demokratisch und liberal verstehenden Gesellschaft widerspricht.

Die Ambivalenz der „Mitte“ zwischen Hierarchisierungsinteressen und Egalitätsvorstellungen ist m.E. auch der Schlüssel, um den Diskurs zwischen Ost- und Westdeutschland besser zu verstehen. Mit der Behauptung, der Rechtsextremismus wäre ein Produkt der DDR-Sozialisation wurden bestimmten Wertetraditionen einseitig betont und so das Bild einer nahezu zwangsläufigen Entwicklung hin zum Rechtsextremismus gezeichnet. Während die Gegenströmungen ausser Acht blieben. Das ist allerdings nicht verwunderlich, wenn man den Diskurs zum Rechtsextremismus einbettet in die Tradition der bisherigen Ost-West Diskurse.

Exkurs: Diskurse über Ost- und Westdeutschland

Matthias Steinle (2003) hat eine interessante Untersuchung über das Bild von der BRD über die DDR und umgekehrt in den Dokumentarfilmen seit 1945 bis zur Wende vorgelegt. Dabei zeigt sich, dass diese Jahrzehntlang von einem gegenseitigen Feindbild geprägt waren. So galt die DDR aus Sicht der BRD als ein Propagandastaat in dem Unterdrückung und Unrecht herrschten. Mithilfe der Totalitarismusthese konnte auch eine unmittelbare Kontinuität zum NS hergestellt werden. Der Westen verstand sich selbst als einen demokratischen Staat, der vor allem durch Wohlstand, individuelle Freiheit und eine lebendige Zivilgesellschaft charakterisiert war.

Die Filmemacher in der DDR hingegen wurden nicht müde nachzuweisen, wie im Adenauerstaat Politik und Wirtschaft von alten Nazigrößen bestimmt wurden. Die Wiederbewaffnung war für sie der beste Beweis einer faschistischen und militaristischen Kontinuität, während die Nationale Volksarmee ihrer Ansicht nach nur der Verteidigung des Friedens diene. Die DDR hingegen gründete ihr Selbstverständnis in erster Linie auf ihren Antifaschismus.

Interessant ist, dass vor allem im Westfernsehen im Laufe der 70er Jahre eine Differenzierung stattfand, in dem die DDR-Bevölkerung nicht einfach mit dem Staat gleichgesetzt wurde und auch unterschiedliche Gruppierungen innerhalb der DDR ausgemacht wurden. Diese Differenzierung – die auf der DDR Seite kein Gegenstück hatte – brach jedoch mit der Vereinigung völlig zusammen. Diese Neubewertung des DDR-Bildes geriet nach Steinle im Zuge der Wiedervereinigung völlig in Vergessenheit, so dass von nun an ein arroganter und mitleidiger Demontage-Journalismus, wie er es nennt, die DDR auf Zeichen des Verfalls und Niedergangs reduzierte, wie es aus Zeiten des Kalten Krieges bekannt war (446).

Man könnte also die These aufstellen, dass so wie die Traditionen des Nationalsozialismus von den beiden deutschen Staaten Jahrzehnte lang auf die jeweils andere Seite projiziert wurde, so geschieht dies heute bis zu einem gewissen Grad auch mit dem Rechtsextremismus. Denn der Rechtsextremismus ist für die meisten Westdeutschen in erster Linie ein Ostphänomen, während für viele Ostdeutsche der Rechtsextremismus ein Import aus dem Westen ist

Diese Projektion gelingt, indem in Bezug auf den Osten nur die Wertetradition des Autoritarismus und der Fremdenfeindlichkeit in der DDR herausgegriffen werden, während andere Traditionen wie die Orientierung an Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit nicht beachtet werden. Diese sind jedoch im Osten bis heute recht stark, was sich etwa daran zeigt, dass vor allem ältere Ostdeutsche in Bezug auf Asylbewerber deutlicher für die Wahrung ihrer politischen Rechte eintreten, als die Westdeutschen (Friedrich 2002:60) Auch fragt sich etwa warum der Antisemitismus hier geringer ausgeprägt ist (Decker und Brähler 2005). Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR kann wohl kaum die Ursache dafür sein. Es muss also noch andere Gründe geben, die meines Wissens bisher noch nicht erforscht worden sind. Das wäre jedoch wichtig, um bei den

Gegenstrategien gegen den Rechtsextremismus auch an Stärken und positiven Mentalitätstraditionen anknüpfen zu können. Denn es ist zu befürchten, dass einseitig negative Diskurse, das Problem der Zurücksetzung noch verstärken, und damit selbst zur Verfestigung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland beitragen.

Zurück zu der Frage nach den generellen Ursachen des Rechtsextremismus: Wir hatten bisher den Fokus auf die soziostrukturelle Lage und deren Politisierung durch rechte Ideologien gerichtet. Aber auch das genügt nicht, denn immer prägen auch individuelle biographische Hintergründe die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Deshalb möchte ich zum Schluss noch kurz auf die Frage nach der Bedeutung der Erziehung in Familie und Schule eingehen:

Eine Sekundäranalyse mehrerer repräsentativer Untersuchungen von Ahlheim (2003) zeigt, dass eine Erziehung, die liebevoll, demokratisch, zuverlässig und gewaltfrei ist, am ehesten gegen fremdenfeindliche Einstellungen immunisiert - wobei jeder einzelne Faktor wichtig ist. Die positive Wirkung einer solchen Erziehung lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass sie Gleichwertigkeit und gegenseitig Achtung vermittelt und damit hierarchisierenden Einstellungsmustern entgegensteuert. Denn eine groß angelegte Untersuchung mit 500 Familien von Andreas Hadjar (2004) zeigt, dass die rechten Jugendlichen sich von den nicht-rechten vor allem durch ihre Dominanzansprüche, im Sinne eines „hierarchischen Selbstinteresses“ unterscheiden. Es geht ihnen dabei vor allem darum, ihre Interessen im Vordergrund zu sehen, unabhängig davon, dass man dabei auch dem anderen Schaden zufügt. Moralische Überlegungen treten in den Hintergrund, denn man glaubt, vor allem besser als die anderen sein zu müssen (231). Das bedeutet auch, dass ein demokratischer Erziehungsstil nur dann gegen rechte Einstellungen immunisiert, wenn mit ihm eine Sozialethik vermittelt wird, die Konkurrenz- und Machtorientierungen entgegensteuert. So ist zum Beispiel die Fremdenfeindlichkeit der Eltern ebenfalls eine relevante Variable. Dies wird eindrucksvoll bestätigt durch eine ebenfalls groß angelegte empirische Untersuchung von Maren Oepke (2005). Auch hier wird auf die große Bedeutung einer demokratischen Erziehung in Schule und Familie hingewiesen, vorausgesetzt sie führen zu einer Dominanzhaltung in Form einer „ideologischen Selbstüberhöhung“ (ausführlicher dazu Rommelspacher 2006: 142 ff.).

Insofern kann man zusammenfassen, dass zur Entstehung rechter Einstellungsmuster unterschiedliche Einflüsse zusammenkommen müssen: Zum einen bedarf es persönlicher Voraussetzungen, die durch eine spezifische Biographie und das soziale Umfeld geprägt sind, darüber hinaus bedarf es soziostruktureller Rahmenbedingungen, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in diese Richtung zu tendieren und schließlich bedarf es einer Politisierung dieser Bedingungen und deren „Erklärung“ in einem rechten Weltbild. Es spielen also immer psychologische, soziale und politische Motive zusammen, auch wenn sie im Einzelfall ein je unterschiedliches Gewicht, wie mir in meinen Interviews mit Aussteigern aus der rechten Szene sehr deutlich wurde: Beim einen stehen eher persönliche Bedürfnisse nach Gemeinschaft und Selbstaufwertung im Vordergrund, beim anderen ist es stärker ein politisches Interesse vor allem auch aufgrund einer oft unterschweligen politischen Konfliktdynamik in der Familie und schließlich kann auch ein sozialer Außenseiterstatus z. Bsp. in Form der Zugehörigkeit zu einer gewalttätigen Clique seine Rechtfertigung in rechter Ideologie suchen. Aber alle Einflussgrößen spielen bei allen Beteiligten eine Rolle. Das bedeutet auch, dass Strategien gegen Rechtsextremismus an diesen verschiedenen Ebenen ansetzen müssen.

Gegenstrategien

- Ganzheitlicher Ansatz in der pädagogischen Arbeit

In der pädagogischen Arbeit mit potentiell Rechtsextremen müssen sowohl der persönliche Bezug zur Thematik und die biographischen Hintergründe mit einbezogen werden, wie auch die Auseinandersetzung um politische Inhalte und Weltanschauungen. Zugleich muss es darum gehen demokratische Umgangsformen einzuüben und den Respekt vor dem Anderen zu stärken. Demgegenüber zerfallen die

pädagogischen Ansätze heute oft in unterschiedliche Richtungen wie in politische Bildung, Gedenkstättenarbeit und interkulturelle Ansätze sowie in Erlebens- und Abenteuerpädagogik und schließlich in Kommunikations- und Konfliktlösungs- bzw. Antigewalttrainings. Diese gilt es zusammen zu führen, da es immer sowohl auf die politischen Inhalte wie auch auf die soziale Einbettung der Vermittlung und auf die Form des Umgangs miteinander ankommt.

- Zielgruppenspezifische Arbeit gegen Rechtsextremismus

Die Arbeit gegen den Rechtsextremismus muss sich auf die unterschiedlichen Zielgruppen und den jeweils spezifischen Kontext beziehen, d.h. in unserem Zusammenhang vor allem eine ost – und west-spezifische Arbeit gegen Rechtsextremismus zu entwickeln – ebenso wie es um geschlechtsspezifische und klassenspezifische Ansätze gehen sollte. Eine weitere Zielgruppe sind Menschen mit Migrationshintergrund (auf deren Rechtsextremismus hier nicht eingegangen wurde).

In Bezug auf einen ostspezifischen Ansatz gilt es sowohl die Geschichte der DDR, aber vor allem auch die Geschichte der Vereinigung und ihrer Folgen in den Blick zu nehmen, und so die politische Identitätsbildung zu fördern. Dabei muss der Diskurs über den Rechtsextremismus selbst auch thematisiert werden und auch an positiven Mentalitätstraditionen angesetzt werden.

- Demokratieförderung auf der individuellen, sozialen und strukturellen Ebene

Sowohl in der Familie, in der Schule, wie auch am Arbeitsplatz sind gegenseitige Achtung und Anerkennung, orientiert an den Menschenrechten, zu fördern. Das gilt nicht nur für den individuellen Umgang miteinander sondern auch für die Strukturen z. Bsp. in der Schule, in der Verwaltung vor Ort wie im Gemeinwesen generell. Damit ist auch die „Mitte“ der Gesellschaft angesprochen. Die Veränderung von Strukturen, die die Menschen zur aktiven Teilhabe und zum Engagement für das Gemeinwesen einladen, sind bisher in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, trotz teilweiser anders lautender Absichtserklärungen, kaum angegangen worden. Anstatt sich selbst ins Visier zu nehmen scheint es für die „Mitte“ der Gesellschaft, einfacher zu sein, auf die pädagogische Arbeit mit Kinder und Jugendlichen auszuweichen.

Insofern ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft, und es bedarf noch viel Phantasie und Engagement um die vorhandenen Ansätze so weiter zu entwickeln, damit sie effektiv wirksam sind und zugleich zu einem selbstverständlichen Bestandteil der alltäglichen Strukturen unserer Gesellschaft werden.

Literatur

Ahlheim, Klaus. (2003). Das Umfeld des Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft. In Klaus Ahlheim (Ed.), *Intervenieren, nicht resignieren* Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung (pp. 25-48). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Decker, Frank. (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Leske & Budrich.

Decker, Oliver & Brähler, Elmar. (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In *Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 42/2005 (Ed.), *Rechtsextremismus*

Falter, J. W. (2000). *Politischer Extremismus*. In J. W. Falter, O. W. Gabriel & H. Rattinger (Eds.), *Wirklich ein Volk?*. Opladen: Leske & Budrich

Fichter, Stöss, Zeuner. (2002). *Gewerkschaften und Rechtsextremismus*. Berlin: <http://www.poliwss.fu-berlin.de/projekte/gewerex> Freie Universität.

Förster, Peter. (2002). *Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende*. Opladen: Leske & Budrich.

Friedrich, Walter. (2002). *Rechtsextremismus im Osten Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?*. Leipzig: Rosa-Luemburg-Stiftung Sachsen.

Friedrich-Ebert-Stiftung. (2001). *Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt*.

Handreichung für politische Bildung März 2001.

Grumke, Thomas & Klärner, Andreas. (2006). Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Hadjar, Andreas. (2004). Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses. Wiesbaden: VS.

Heitmeyer, Wilhelm. (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004. In Wilhelm Heitmeyer (Ed.), Deutsche Zustände Folge 3 (pp. 13-36). Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Ignazi, Piero. (2003). Extreme Right Parties in Western Europe. New York: Oxford University Press.

Möller, Kurt. (2000). Rechte Kids, Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-15jährigen. Weinheim & München: Juventa.

Oepke, Maren. (2005). Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule. Opladen: Barbara Budrich.

Pfahl-Traughber, Armin. (2000). Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000.

Rippl, Susanne & Seipel, Christian. (2002). Ökonomische Lage, Bildungsniveau und Fremdenfeindlichkeit. Die Bedeutung von Autoritarismus und Anomie: ein theorieintegrierendes Modell. In Klaus Boehnke, Daniel Fuß & John Hagan (Eds.), Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive (pp. 79-92). Weinheim & München: Juventa.

Rommelspacher, Birgit. (2006). „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt: Campus.

Schlegel, Uta. (2002). Exkurs II: Weibliche Entscheidungszwänge und politische Distanz. In Peter Förster (Ed.), Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende (pp. 289-301). Opladen: Leske + Budrich.

Schmidtchen, Gerhard. (1997). Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt. Opladen: Leske und Budrich.

Schroeder, Klaus. (2000). Der Preis der Einheit Eine Bilanz. München & Wien: Carl Hanser.

Shell Deutschland Holding. (2006). Jugend 2006 Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main: Fischer.

Staud, Toralf. (2005). Moderne Nazis Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Steinle, Mathias. (2003). Vom Feindbild zum Fremdbild Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm. Konstanz: UVK.

Stöss, Richard. (1999). Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Friedrich-Ebert Stiftung Abteilung Dialog Ostdeutschland. Berlin

Stöss, Richard (A). (2000). Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Friedrich-Ebert Stiftung Abteilung Dialog Ostdeutschland. Berlin

Stöss, Richard. (2005). Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wagner, Bernd. (2003). Nation, Volk und Sozialismus - Einige Bemerkungen zum völkischen Sozialismus und Rechtsradikalismus. In Zentrum Demokratische Kultur Bulletin (Ed.), Volksgemeinschaft gegen McWorld Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur (Vol. 3, 2003, pp. 59-65). Leipzig: Ernst-Klett.

Welzer, Harald. (2005). Täter Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden (pp. 100-106). Frankfurt/Main: Fischer.

Winkler, Jürgen R. (2000). Rechtsextremismus: Gegenstand - Erklärungsansätze- Probleme. In Wilfried Schubarth & Richard Stöss (Eds.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland Eine Bilanz. Opladen: Leske & Budrich.

Wippermann, Carsten, Zarkos-Lamolda, Astrid & Krafeld, Franz Josep. (2002). Auf der Suche nach Thrill und Geborgenheit. Lebenswelten rechtsradikaler Jugendlicher und neue pädagogische Perspektiven. Opladen: Leske & Budrich.